

Pressedienst

Köln, 2.4.2025

BUND Köln: Tunnel gefährdet Klima und Haushaltsausgleich ! Appell an Kölner Stadtrat in letzter Minute

Unmittelbar vor der für Donnerstag, 3. 4.2025 geplanten Entscheidung im Kölner Stadtrat für oder gegen eine Tunnellösung bei der Ost-West-Achse appelliert die Kreisgruppe Köln des BUND an das Verantwortungsbewusstsein der einzelnen Ratsmitglieder. Der Bau eines Tunnels sei weder mit dem Klimaschutz noch mit einem ausgeglichenen Haushalt der Stadt zu vereinbaren.

„Bei der üblichen konventionellen Bauweise erfordert der Tunnel erhebliche Mengen an Beton und Stahl, was bei einer konventionellen Bauweise mit mindestens 283.000 t CO₂-Äquivalenten einhergeht, während bei der oberirdischen Variante 33.000 t CO₂-Äquivalente anfallen. Hinzu kommt der deutlich höhere Energieverbrauch bei der Tunnellösung im Betrieb gegenüber der oberirdischen Variante.

Zudem steht die Stadt Köln vor der größten Finanzkrise der letzten Jahrzehnte. Das Haushaltsdefizit beziffert Stadtkämmerin Dörte Diemert auf über 399 Mio Euro in diesem Jahr und in 2026 auf über 443 Mio. Euro. Die Bezirksregierung Köln bemängelt bereits jetzt die fehlende Perspektive für den gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich der Stadt Köln. Die derzeitigen Investitionskosten von über 1 Milliarde Euro beim Bau des Tunnels gegenüber 193 Mio Euro bei der oberirdischen Variante werden nicht vollständig gefördert. Was aber noch viel schlimmer ist, die erwartbare Überschreitung der Baukosten beim Tunnelbau um mehrere Milliarden Euro wird nicht gefördert und verschlimmert absehbar das Defizit im Stadthaushalt. Das Erreichen des Haushaltsausgleichs ist in weite Ferne gerückt. Es droht ein Haushaltssicherungskonzept der Bezirksregierung Köln“, warnte BUND Vorstandsmitglied Helmut Röscheisen

Die in den letzten Jahren geplante klimagerechte Mobilitätswende, deren Schlüssel der Ausbau des ÖPNV ist, werde zur Makulatur. Die in der ÖPNV-Netzentwicklung (ÖPNV-Roadmap) von 2018 bis 2022 geplanten Maßnahmen bis 2032 seien nicht mehr finanzierbar. Das KVB-Angebot verdiene durch eklatante Leistungsreduzierungen den Namen „Notbetrieb“. Damit sei es nicht möglich, deutlich mehr Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV zu gewinnen, stattdessen erzeuge es täglich viel Frust.

Kontakt und weitere Infos:

Dr. Helmut Röscheisen, 0160/ 97 209 108

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Kreisgruppe Köln, Melchiorstraße 3, 50670 Köln, Mail: bund.koeln@bund.net, Phone: 0221 – 724710, Internet: www.bund-köln.de, www.facebook.com/bund-kreisgruppe-koeln